

Horst Debusmann  
Sebastian-von-Heusenstamm-Straße 2  
63150 Heusenstamm

Datum: 28.03.2015  
Telefon: (06104) 6 76 17  
e-Mail: [HD-63150@t-online.de](mailto:HD-63150@t-online.de)

[mail@bundestag.de](mailto:mail@bundestag.de)  
[vorzimmer.pet2@bundestag.de](mailto:vorzimmer.pet2@bundestag.de)  
[kersten.steinke@bundestag.de](mailto:kersten.steinke@bundestag.de)

Horst Debusmann | Seb.v.Heusenstamm-Str. 2 | 63150 Heusenstamm

Deutscher Bundestag  
Sekretariat des Petitionsausschusses  
Platz der Republik 1

11011 Berlin



Betreff: **Petition 48867 zur Direktversicherung (DV)**  
Bezug: Mein Schreiben vom 04.04.2014

ARD-PlusMinus am  
25.03.2015 **Altersvorsorge: Wie Rentner vom Staat abkassiert werden**  
05.02.2015 **Wahnsinn: Ärger um Betriebsrente**

und Artikel im Darmstädter Echo am 05.03.2015

**„Vertrauen in den Staat brutal zerstört“**  
Altersvorsorge – Betroffene wehren sich gegen Sozialabgaben auf Direktversicherungs-Auszahlungen

Sehr geehrte Damen und Herren vom Petitionsausschuss, sehr geehrte Volksvertreter.

„Im Bundesgesetz vom 14.11.2003, BGBl. I 2003, 2190 ff. sind durch das GMG zahlreiche Vorschriften im Recht der gesetzlichen Krankenversicherungen geändert worden.

Hauptzweck des GMG ist es, die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung sicher zu stellen und durch Einführung umfangreicher Zuzahlungen bzw. Zusatzversicherungspflichten den Gesamtsozialversicherungsbeitrag in Zukunft nicht noch weiter überproportional ansteigen zu lassen.

Insbesondere sind umfangreiche Neuregelungen zur Zuzahlung bereits ab 1.1.2004 in Kraft getreten ... Auf der Beitragsseite wurden zudem Versorgungsbezüge, § 229 SGB V, speziell aus Betriebsrenten **und vom Arbeitgeber mitfinanzierten Direktversicherungen** der vollen Beitragspflicht unterstellt, § 248 SGB V.“

Nachzulesen bei <http://www.rechtslexikon.net/d/gesundheitsmodernisierungsgesetz/gesundheitsmodernisierungsgesetz.htm>

**Dieser Sachverhalt ist unstrittig.** Die nachträgliche Interpretation des GMG durch Politiker und GKV aber **NICHT**, leider vom BverfG abgesegnet, wonach es egal ist, ... wer die Beiträge gezahlt hat, entscheidend sei, ... wer ist Vertragsinhaber, um daraus dann eine Betriebsrente zu konstruieren, ist ein mieser hinterhältiger Taschenspielertrick ohne Beispiel und einer vertrauensvollen sowie verlässlichen Politik unwürdig.

Man suggeriert, dass Zahlungen der Arbeitnehmer aus Entgeltumwandlung (hier mit dem Lockvogel Pauschalversteuerung 10%...15%...20% ... \*1), Arbeitslosengeld und infolge DV bereits geminderter BfA-Rente ein betrieblicher Versorgungsbezug sei, obwohl vom **Arbeitgeber kein einziger Pfennig/Cent** beigetragen wurde !!!

**Eine absurde Interpretation,  
das hat mit Logik und gesundem Menschenverstand nichts mehr zu tun.**

<http://www.handwerksblatt.de/handwerk/direktversicherung-die-krankenkasse-kassiert-jetzt-doppelt-21239.html>

### **Direktversicherung: Die Krankenkasse kassiert jetzt doppelt**

#### **Fast unbemerkt kam der Zusatz im Sozialgesetzbuch ...**

„Vielen Unternehmern ist das bis heute nicht bewusst“, berichtet Albert Eberhardt. Kein Wunder: Diese Krankenkassenpflicht kam fast unbemerkt von der Öffentlichkeit vor vier Jahren mit dem „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen“. Eberhardt: „Durch einen Zusatz im Sozialgesetzbuch ist die Krankenkassenpflicht von laufenden Renten auch auf Einmalzahlungen erweitert worden.“ **Mit der Folge, dass auch hier Beiträge fällig werden, obwohl schon während der Einzahlung Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung entrichtet werden müssen (der Versicherte also doppelt zahlt \*1).**

Ausnahme von dieser Regelung: privat krankenversicherte Unternehmer und Mitarbeiter. (Gleichheitsgebot ???)

Am 01.01.2004 trat das Gesundheitsmodernisierungsgesetz in Kraft, in der BT-Drucksache 15/2472 zu recht als eine absurde politische Entscheidung entlarvt.

#### **Der FDP-Antrag**

„Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen“

wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt, obwohl in der BT-Drucksache 15/4451 erneut auf das katastrophale Signal hingewiesen wurde, u.a.:

*„Die Mitglieder der Fraktion der FDP erklärten, dass die volle Beitragserhebung auf Betriebsrenten, Versorgungsbezüge und Direktversicherungen **eine kalte Enteignung** vieler, die für das Alter vorgesorgt hätten, sei. Dies sei besonders bedauerlich, weil seit vielen Jahren bekannt sei, dass die umlagefinanzierte Rente allein in Zukunft nicht ausreichen werde. Dem daraus folgenden Aufruf der Politik, verstärkt zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben, seien Millionen von Bürgern gefolgt, indem sie Teile ihres Einkommens in Betriebsrenten und Direktversicherungen eingezahlt hätten.*

**Diese Personen hätten daran geglaubt, dass in Deutschland Recht Recht bleibe und sich darauf verlassen, dass nicht der volle Beitrag auf derartige Einkommen erhoben werde. Damit sei von den Koalitionsfraktionen und der Unionsfraktion in den Vertrauensschutz eingegriffen worden.**

**Dieser Eingriff sei ohne Vorwarnung, ohne Übergangsregelung und ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept, welche finanziellen Lasten Rentnern insgesamt zumutbar seien, erfolgt.**

**Gewinner sind ...**

Arbeitgeber, Versicherungsgesellschaften und die Gesetzlichen Krankenkassen,

**Verlierer sind Arbeitnehmer,**

die auf Empfehlungen des Staates „Tut was für euren Lebensabend, die Rente reicht nicht“ hereingefallen sind, die mit jahrelangem Konsumverzicht aus ihrem Privatvermögen mit staatlicher Empfehlung die Form der Direktversicherung gewählt hatten!

Statt zusätzlicher Altersvorsorge das Ergebnis: KAPITALVERNICHTUNG.

**Eine Farce – erst zur Altersvorsorge animieren, dann abkassieren!**

**Verlierer ist aber auch die Politik, die das Vertrauen ihrer Bürger missbraucht hat.**

**Das GMG wurde zum Raubrittergesetz** und verdient, zum Unwort des Jahres gekürt zu werden.

Viele Millionen Betroffene werden monatlich daran erinnert, wen sie nicht mehr wählen werden ... AfD, PERGIDA und andere profitieren davon. Politikverdrossenheit ist das Ergebnis. Aber auch, dass keiner der um seine Ersparnisse Betrogenen noch irgendjemanden empfehlen kann, „tu was für deine Altersvorsorge“ ... es rechnet sich nicht.

Damit wird dieses Gesetz zum Bumerang, kein vernünftig denkender Mensch wird die Jüngeren jetzt noch zu einer vom Staat empfohlenen Altersvorsorge überreden.

Kontraproduktiver kann kein Gesetz mehr sein, es bewirkt genau das Gegenteil von dem, was ursprünglich angedacht war.

„Was ist ein Vertrag wert, wenn die Politik nachträglich eingreift und man selbst keine Möglichkeit hat, noch etwas zu ändern“ „Wie soll man seinen Kindern da noch erklären, dass sie in das System einzahlen sollen?“

**pacta sunt servanda**

Es handelt sich um den wichtigsten Grundsatz des öffentlichen ebenso wie des privaten Vertragsrechts. Im deutschen Zivilrecht findet sich der allgemeine Grundsatz der Verpflichtung zur Erfüllung von Schuldverhältnissen – und damit auch von wirksamen Verträgen – in § 241 Abs. 1 BGB. Eine der wichtigsten Ausgestaltungen dieses Grundsatzes findet sich unter anderem im Tatbestand von Treu und Glauben wieder, der in § 242 BGB geregelt ist. **Der Grundsatz besagt, dass derjenige, der Verträge bricht, rechtswidrig/unerlaubt handelt. \*2**

Sehr geehrte Damen und Herren vom Petitionsausschuss, sehr geehrte Volksvertreter.

„**Diese Krankenkassenpflicht kam fast unbemerkt von der Öffentlichkeit** vor vier Jahren mit dem „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen“. Dies war im Jahre 2003. Viele Klagen vor den Sozialgerichten werden abgeschmettert, weil die Richter stets von einem betrieblichem Versorgungsbezug ausgehen, was absolut falsch ist.“

Nachfolgender Fragenkatalog soll Sie zum Nachdenken anregen, ob Ihre Vorgänger gut beraten waren, ein solches Gesetz in Unkenntnis des wahren Inhaltes auch 10 Jahre danach noch mit allen Mitteln mit Bezug auf „es kann nicht sein, was nicht sein darf“ zu verteidigen.

Fragen an unsere Volksvertreter:

Halten Sie es für richtig, dass

1. der Gesetzgeber seinen Bürgern in Ergänzung zur immer weniger werdenden Rente den Abschluss einer Direktversicherung (DV) empfiehlt, **langjährige Verträge später aber ohne Vorwarnung rückwirkend außer Kraft setzt (Vertragsbruch)** und damit Vertragsinhaber vor vollendete Tatsachen stellt? JA  NEIN
2. Arbeitnehmer durch Gehaltsumwandlung jahrzehntelang auf Konsum verzichten, um bei Auszahlung nach dem 01.01.2004 mit einer Kapitalvernichtung „belohnt“ zu werden? JA  NEIN
3. Beiträge aus Gehaltsumwandlung (bereits versteuerte und verbeitragte Einzahlungen), bei Insolvenz des Arbeitgebers (AG) oder vorzeitiger Kündigung auch bezahlt mit Arbeitslosengeld (!) und BfA-Rente (also Privatvermögen) vom Gesetzgeber nach Auszahlung als Versorgungsbezüge (?) deklariert werden, obwohl im Vertrag „von vornherein Einmalzahlung, Rentenwahlrecht ausgeschlossen“ festgelegt war? JA  NEIN
4. Versicherungsbeträge gezahlt OHNE Arbeitgeberanteil aus Gehaltsumwandlung vom Gesetzgeber als eine der Betriebsrente vergleichbare Einnahme (!) definiert werden, während Zahlungen des AG ZUSÄTZLICH ZUM GEHALT in eine auf den Namen des AN lautende DV keine Betriebsrente ist und nach Auszahlung beitragsfrei zur GKV/-PV bleiben? JA  NEIN
5. Arbeitgeber, Versicherungsgesellschaften und die Gesetzlichen Krankenkassen die Gewinner, Arbeitnehmer aber die Verlierer sind? JA  NEIN
6. Privat Versicherte Rentner keinen Solidarbeitrag leisten (Ungleichbehandlung der Rentner)? JA  NEIN
7. Hochrangige Regierungsmitglieder für sich ständig Bestands- und Vertrauensschutz sowie Vertragstreue einfordern, dies jedoch den Bürgern verweigern? JA  NEIN
8. Investoren von Solar- und Windanlagen vom Gesetzgeber 20 Jahre lang Bestandsschutz erhalten, und trotz der Unverhältnismäßigkeit „36 Cent Subvention“ aus rechtlichen Gründen keine nachträglichen Eingriffe oder Kürzungen möglich sind (Offenbach Post vom 09.07.2013 „Teure Hypothek“), Inhaber einer Direktversicherung (DV) jedoch von den gleichen Parteien Bestandsschutz verweigert und nachträglicher Vertragsbruch gerechtfertigt wird? JA  NEIN
9. Bürger, die jahrzehntelang Konsumverzicht auf sich nehmen und keine Schulden machen, für ihre Vorsorge von der Politik dafür sogar rückwirkend bestraft werden, Menschen mit Schulden per Gesetz jedoch rückwirkend geholfen wird? JA  NEIN

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/saeumigebeitragszahlerschuldenerlass-fuer-krankenversicherte-12195762.html>

10. Schwerverbrecher, Kinderschänder und Mörder Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot genießen (\*), Inhaber einer DV juristisch schlechter gestellt werden als vorgenannter Personenkreis?

JA

NEIN

*(\*) Kommentar der Offenbach Post vom 15.04.2011 zum Urteil in Straßburg:*

*„Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Verurteilter mit einer Strafe belegt wird, die zum Zeitpunkt des Richterspruchs noch gar nicht existierte ... Zudem dürfe vom Prinzip „Keine Strafe ohne Gesetz“ nicht abgewichen werden. Eine rückwirkende Verlängerung sei deshalb untragbar.“*

11. Bundesminister u.a. öffentlich bekennen „Wir haben Verträge in Europa, und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“, dies jedoch nicht für Inhaber einer DV gilt?

JA

NEIN

Fazit:

Wenn Sie ehrlich, nur Ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich und überwiegend mit NEIN antworten, dann bitte ich eine Gesetzesinitiative zur Korrektur des GMG auf den Weg bringen, damit Politik für „Otto-Normalverbraucher“ wieder nachvollziehbar und verlässlich wird.

Um an die Parteienvertreter auch vorgenannte Fragen zu stellen, gab es am 19.03.2015 eine Demonstration der GMG-Geschädigten in Berlin vor dem Deutschen Bundestag.

Grund der Demonstration:

Finanziell massiver Schaden durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz, in Kraft getreten am 01.01.2004, das rückwirkend die Direktversicherungsverträge, hier die arbeitnehmerfinanzierte betrieblichen Altersvorsorge aushebelte.

Initiatoren:

– GMG Interessengemeinschaft – Geschädigte Direktversicherte und Geschädigte aus arbeitnehmerfinanzierter betrieblicher Altersversorgung.

[www.gmg-geschädigte.de](http://www.gmg-geschädigte.de)





Leider war kein Politiker bereit, sich den Fragen zu stellen. Die Absage der angesprochenen Politiker bei der Berlin-Demo zeigt das völlige Desinteresse. Ich möchte auf eine bemerkenswerten Aussage von dem Mitglied des Petitionsausschusses, Herrn Thomae, MdB/FDP hinweisen, der darstellte,

! „dass nicht zu erwarten ist, dass diejenigen, welche als Parlamentarier zuvor Gesetzen zugestimmt haben, nunmehr in Ihrer Funktion als Mitglieder der Fachausschüsse oder des Petitionsausschusses sich selbst anklagen oder korrigieren werden. Das müsse man ganz realistisch sehen.“ \*3

Das ist ein politisches Armutszeugnis auf Kosten der Bürger, die für sich selbst vorsorgen wollten, **der Petitionsausschuss wird zur Farce und jegliches Bemühen der um ihre Ersparnisse betrogenen Bürger ist zum Scheitern verurteilt.**

Nach mehr als 10 Jahren der Zwangsverbeitragung wird jetzt endlich ein in der Vergangenheit auch von den Medien „totgeschwiegenes“ Thema mehr Beachtung geschenkt, wie die Sendungen ...

### **Angespart, angelegt, angeschmiert – Armutsfalle private Vorsorge?**

Hart, aber fair am 26.11.2012:

### **Enttäuschte Erwartung – Verluste bei Betriebsrenten**

Frontal 21 vom 29. Oktober 2013, hier Fehleranalyse der Politiker, u.a.:

O-Ton Elke Ferner, SPD, Gesundheits- und Sozialexpertin:

**„Das war damals der Tatsache geschuldet, dass man händeringend Geld für die Krankenversicherung gesucht hat. Ich würde das am liebsten ändern, aber das kostet schlappe zweieinhalb Milliarden Euro. Und ob dafür das Geld da sein wird – das muss ja dann aus anderen Quellen der Krankenversicherung gegeben werden, sonst funktioniert das ja nicht.“**

O-Ton Karl Schiewerling, CDU, Arbeits- und Sozialexperte:

**„Es muss dann, wenn wir uns das angesehen haben und die Mängel festgestellt haben, auch nachgebessert werden.“**

<http://www.handwerksblatt.de/handwerk/direktversicherung-die-krankenkasse-kassiert-jetzt-doppelt-21239.html>

### **Direktversicherung: Die Krankenkasse kassiert jetzt doppelt**

**„Direktversicherungen waren einmal nicht nur steuerlich ein attraktives Instrument, um zusätzlich fürs Alter vorzusorgen. Viele Betriebsrentner fallen deshalb aus allen Wolken, wenn sie erfahren, dass neuerdings auf ihr angespartes Kapital bei der Auszahlung noch einmal Krankenkassenbeiträge fällig werden.“**

**Erst mahnt der Staat die private Vorsorge an, dann kassiert er.**

<http://www.handwerksblatt.de/handwerk/direktversicherung-jetzt-kassiert-die-krankenkasse-doppelt-6511.html>

### **Direktversicherung: Riesige Empörung bei Betroffenen**

Wer eine Direktversicherung zur Altersvorsorge abgeschlossen hat, erlebt bei der Auszahlung eine böse Überraschung. Die Wut darüber ist groß. Selten ist ein Beitrag auf [handwerksblatt.de](http://www.handwerksblatt.de) auf so große Resonanz gestoßen wie der Text zum Thema Direktversicherung.

<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2013/02/sparen-fuer-den-chef/>

Montag, 04.03. 2013 von Dietrich Krauß

### **Sparen für den Chef**

„Rente ist nicht sicher. Das hat inzwischen sogar Arbeitsministerin Ursula von der Leyen erkannt. **Eine bisher wenig beachtete Mogelpackung ist die sogenannte Betriebsrente, die vor allem eins ist: ein Skandal.**“

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stn-stadtschreibisch-betriebsrente-die-wut-bleibt.ad5c6dac-86e7-4be6-87ef-9756a5c5ed8b.html>

### **StN-Stadtschreibisch Betriebsrente: Die Wut bleibt**

Stefanie Köhler, 26.07.2014

Aussage von Lothar Binding (MdB):

„*Emotional war der Weg verkehrt. Doch ich muss ehrlich zugeben, dass es keine andere Idee gab, um das Loch in der gesetzlichen Krankenkasse zu stopfen, ... den Betriebsrentnern sei es gut gegangen, deshalb wurde das Modell gewählt.*“

<http://direktversicherung.drjustusadam.de/Direktversicherung.html>

### **Perversion der betrieblichen Altersvorsorge durch Direktversicherung mittels Entgeltumwandlung**

<http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/br/altersvorsorge-betrug-100.html>

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6692>

### **Betriebliche Altersvorsorge „Wie Rentner vom Staat abkassiert werden“**

<http://www.finanzen.de/news/16211/betriebliche-altersvorsorge-regierung-kassiert-bei-betriebsrente-ab>

### **Betriebliche Altersvorsorge: „Regierung kassiert bei Betriebsrente ab“**

<http://www.br.de/nachrichten/betriebliche-altersvorsorge-staat-prellt-rentner-100.html>

### **Betriebliche Altersvorsorge: „Staat prellt Rentner um 33 Milliarden Euro“**

Können diese Titelzeilen spurlos an Ihnen vorüber gehen, oder sind sie doch geeignet, sich über in die Lage der vom Staat um ihre Ersparnisse betrogenen Bürger hinein zu versetzen?

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=5547&search=kr%F6ten&searchin=all>  
„*Ich war halt schon immer auf der Schattenseite, jetzt nehmen sie mir meine paar Kröten auch noch ab!! Man kann ja nur zahlen, was soll ich da machen!*“

Sehr geehrte Damen und Herren vom Petitionsausschuss, sehr geehrte Volksvertreter.

Was immer wieder falsch dargestellt wird ist, dass es sich bei den so genannten Direktversicherungen auf Basis „Entgeltumwandlung“ um Betriebsrenten handelt. Es handelt sich auch nicht um Versorgungsbezüge! Bei Kapitalzahlungen aus „Direktversicherungen“ handelt sich um die Dritte Säule der Altersvorsorge.

Bereits in den 70-iger Jahren wurde für die 3. Säule der Altersversorgung geworben. Nämlich, neben der gesetzlichen (1) und der betrieblichen (2) soll auch die private (3) Vorsorge nicht vergessen werden. Die Versicherungsunternehmen haben damit geworben und Millionen Arbeitnehmer überzeugt, eine so genannte Direktversicherung über den Arbeitgeber abzuschließen. Der institutionelle Rahmen der bAV diente lediglich dazu, um

a) den Pauschalsteuersatz nach dem Einkommensteuergesetz nutzen zu können und

b) den günstigeren Tarif der Gruppenlebensversicherung über den Arbeitgeber zu bekommen.

**Der Arbeitgeber fungierte nur treuhänderisch, indem er die vom Bruttogehalt einbehaltenen Beträge an das Versicherungsunternehmen abführte. Nur nebenbei: Er sparte für diese Beträge auch seine Sozialabgaben, also nicht ganz uneigennützig. Und die Versicherungsgesellschaften saßen ebenfalls mit im Boot.**

Siehe auch:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/briefwechsel-zwischen-maschmeyer-und-schroeder-eine-brutto-netto-freundschaft-1.2219337>

**Eine Brutto-Netto-Freundschaft**

<http://timschaefermedia.com/schroeder-riester-ruerup-maschmeyer-und-das-geld-der-rentner/>

**Schröder, Riester, Rürup, Maschmeyer und das Geld der Rentner.**

<http://www.welt.de/wirtschaft/article126915896/Wie-eine-Goldgrube-Jeder-hat-mitgemacht.html>

**„Wie eine Goldgrube. Jeder hat mitgemacht“**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gerhard-schroeder-und-carsten-maschmeyer-zwei-millionen-euro-a-1002486.html>

**Buchrechte des Ex-Kanzlers: Schröders Millionen-Deal mit Maschmeyer**

u.v.a.m.

**!** Der organisierte Betrug ist, dass man nun die Kapitalzahlung nachträglich als Betriebsrente und/oder einen Versorgungsbezug qualifiziert (!) und nur noch an der Versicherungsnehmereigenschaft fest macht. Dass man das Bundesverfassungsgericht als Rechtfertigung anführt, ist das gleiche, als wenn man ein bezahltes Gutachten in Auftrag gibt, um einen bestimmten Sachverhalt gerichtlich durchzusetzen. Eine der Begründungen im BverfG-Urteil war „... **das ist zumutbar, das hat keine erdrosselnde Wirkung**“.

Eine unglaubliche Demütigung und eklatanter Missbrauch von Vertrauen in den Staat. Politikverdrossenheit und Wut sind das Ergebnis.



**Eine Differenzierung nach Direktversicherungen**, die eindeutig vom Arbeitgeber finanziert werden und Direktversicherungen, die von den Arbeitnehmern als Eigenvorsorge erbracht werden, unterbleibt bewusst. Letztlich sind die als private Vorsorge über Gehaltsumwandlung erbrachten Beiträge genauso zu qualifizieren wie die Vermögensbildung über Sparpläne, Bausparverträge und andere Formen des Vermögens-Aufbaues. Nur werden die Direktversicherten durch die unglaubliche Definition „Betriebsrente“ mit rund 18% ihres Vermögensaufbaus enteignet.

**Es ist ein Schildbürgerstreich, Beiträge gezahlt aus versteuertem Einkommen, in meinem persönlichen Fall infolge Insolvenz des AG weiter bezahlt mit Arbeitslosengeld (!) und danach aus der bereits geminderten BfA-Rente (!) als BETRIEBSRENTE zu deklarieren, ohne dass der AG auch nur einen Pfennig/Cent dazu gegeben hat !!!**

Man verzichtet jahrzehntelang auf Konsum zu Lasten der Familie, um am Ende mit einer Kapitalvernichtung konfrontiert zu werden. Die FDP sprach von einer „**kalten Enteignung**“. Das ist Bestrafung für die Eigeninitiative, Kapitalvernichtung statt Altersvorsorge. Weder Arbeitgeber noch Versicherungsgesellschaften informieren über die negativen Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes. Die Betroffenen werden nach Auszahlung vor vollendete Tatsachen gestellt.

Dass in unserem Staat auch noch rückwirkender Vertragsbruch hoffähig wurde, ist ein absolutes Novum, Pacta sunt servanda wird mit Füßen getreten. Das passt nicht zu den Statements unserer Politiker:

Dr. Schäuble (CDU): **\*2**

**„Wir haben Verträge in Europa, und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“**

*„... sie (Anm.: die Schweiz) ändert ihre Gesetze nicht rückwirkend, das tun wir übrigens in Deutschland auch nicht“*

*„... wir werden die neue französische Regierung davon überzeugen, dass ein alter Satz der Grundlage der Rechtsordnung ist – pacta sunt servanda – die eingegangenen Verpflichtungen gelten“*

**Das ist Willkür des Staates: Vorgenannte Grundrechte gelten nicht für Verträge von Direktversicherungen!** Aber als Steuerzahler haften wir für hunderte von Milliarden Euro für die Griechenlandhilfe und der anderen EU-Länder. Was ist das für eine Politik?

Mehr als acht Millionen Betroffene werden monatlich daran erinnert, wen sie nicht mehr wählen werden ... AfD und andere profitieren davon. Politikverdrossenheit ist das Ergebnis. Aber auch, dass keiner der um seine Ersparnisse Betrogenen noch irgendjemanden empfehlen kann, tu was für deine Altersvorsorge ... es rechnet sich nicht.

**Damit wird dieses Gesetz zum Bumerang, denn kein vernünftig denkender Mensch wird die Jüngeren jetzt noch zu einer vom Staat empfohlenen Altersvorsorge überreden. Kontraproduktiver kann kein Gesetz mehr sein, es bewirkt genau das Gegenteil von dem, was ursprünglich angedacht war.**

*„Was ist ein Vertrag wert, wenn die Politik nachträglich eingreift und man selbst keine Möglichkeit hat, noch etwas zu ändern“.*

*„Wie soll man seinen Kindern da noch erklären, dass sie in das System einzahlen sollen?“*

Und das Unglaubliche: Unsere Politiker verschließen dieser Erkenntnis Augen und Ohren, ein Schildbürgerstreich ohne gleichen!

**Gewinner sind** Arbeitgeber, GKV und die Versicherungsgesellschaften,  
**Verlierer sind** – wie so oft – die Menschen, die dem Staat vertraut hatten.

Da wirkt die Reklame für den Pflege-Bahr "Förderung mitnehmen" wie ein Hohn:  
„*Wer privat fürs Alter vorsorgt, wird vom Staat belohnt*“.

Wie die Belohnung in Wirklichkeit aussieht, beweisen vorangegangene Zeilen.

**Wir Betroffenen können nur von miesen Erfahrungen bei der Altersvorsorge berichten, die Vorsorge wurde wieder einkassiert. Wer Vorsorge betrieben hat, wird von der Politik dafür bestraft. Absurder kann Politik nicht mehr sein.**

Zusammenfassung und Ausblick:

Haben Sie den Mut, die BT-DS 15/2472 „Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen“ wieder aufleben zu lassen.

Unterstützen Sie Petition 48867 zur Direktversicherung (DV), damit Ihre Wähler wieder politische Entscheidungen nachvollziehen können.

Weitere Argumente siehe

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6159>

*Direktversicherung: Offener Brief an Petitionsausschuss*

*12.04.2014 - von Debusmann+Mühlbauer*

[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2014/\\_01/\\_24/Petition\\_48867.nc.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_01/_24/Petition_48867.nc.html)

Petition 48867

Gesetzliche Krankenversicherung – Beiträge – Keine Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen vom 24.01.2014

Mit freundlichen Grüßen

*Horst Debusmann*

**\*3** Quelle: Bericht zur Expertentagung „Öffentliche Petitionen und Volksinitiative“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit Mehr Demokratie e.V. am 16.11.2010 in München.

Verteiler an:

- alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages
- Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG
- Betriebsrentner e.V. – BRV
- Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. – BRR
- Büro gegen Altersdiskriminierung
- Interessengemeinschaft GMG-Geschädigte-Direktversicherte
- ARD PlusMinus